

# Keine Gnade für die Solikarte

**ZÜRICH.** Jahrelang duldete Migros die Solikarte, die es ermöglicht, Cumulus-Punkte anonym für einen guten Zweck zu spenden. Insgesamt 150000 Franken sind so zusammengekommen. Doch Ende März ist Schluss mit dem solidarischen Punktesammeln.

ADRIAN PORTMANN

«Haben Sie eine Cumulus-Karte?», fragt die Dame in der orangen Bluse jeweils freundlich, bevor sie den Kassiervorgang abschliesst und den Betrag nennt. Zückt der Kunde seine Treuekarte, wird ihm 1 Prozent des Kaufbetrages auf seinem persönlichen Cumulus-Konto gutgeschrieben. Alle zwei Monate erhält der Punktesammler sein Guthaben in Form von Einkaufsgutscheinen zurückerstattet. Im Gegenzug schöpft Migros die gewonnenen Daten ab, analysiert sie und erstellt Kundenprofile zu Marketingzwecken. «Gestützt auf Einkaufsdaten können Warenkorbanalysen durchgeführt werden, die das Konsumverhalten sowie persönliche Personenprofile widerspiegeln können», heisst es dazu in den Geschäftsbedingungen.

Diese «Warenkorbanalysen» werden der Solikarte nun zum Verhängnis. Mit dem roten Kärtchen, das wie eine Cumulus-Karte funktioniert, können die Punkte anonym einem Sammelkonto gutgeschrieben werden. Eine Auswertung des Einkaufsverhaltens ist damit nicht möglich. Per Ende März will Migros das Sammelkonto auflösen. Technische Veränderungen seien der Grund für den Entscheid, heisst es von Seiten des Migros-Genossenschaftsbundes (MGB) in Zürich. «Neuerungen wie das Self-Scanning oder das Bezahlen mit dem Handy werden auf dem Cumulus-System basieren und damit eine Identifizierung des Karteninhabers erfordern», sagt Christine Gaillet vom MGB.

## Gutscheine für die Ärmsten

Die Solikarte wurde vor vier Jahren von der St.Gallerin Debora Buess ins Leben gerufen. Auf die Idee kam die junge Frau während eines Ferienjobs an der Migros-Kasse. Zu Beginn kopierte sie den Strichcode ihrer Karte und verteilte ihn an Personen in ihrem Bekanntenkreis. Die erhaltenen Gutscheine spendete sie dem Solidaritätsnetz Ostschweiz. Was als kleine Privatinitiative begann, wurde mit der Zeit grösser und immer erfolgreicher. Heute werden Solikarten über eine

Internetseite vertrieben. Das Prinzip dahinter ist aber dasselbe geblieben: Auf jeder Karte steht die gleiche Cumulus-Nummer. So landen alle Punkte auf ein und demselben Konto. Die so generierten Gutscheine werden an Nothilfebezüger verteilt. Im vergangenen Oktober und November belief sich der Wert der Gutscheine auf insgesamt rund 30000 Franken. Das entspricht einem Umsatz von 3 Millionen Franken. Die Zahlen für den Dezember liegen noch nicht vor. Dank des Weihnachtsgeschäfts dürfte der Betrag aber noch höher ausgefallen sein. Im Oktober und November gingen Gutscheine

im Wert von rund 5000 Franken in die Region Zürich. Seit 2009 kamen so Gutscheine im Wert von rund 150000 Franken zusammen. Mittlerweile werden sie an Organisationen in der gesamten Deutschschweiz verteilt. Im Kanton Zürich sind es die Autonome Schule, das Internetcafé Kafi Klick und das Solidaritätsnetz Zürich (Solinetz), welche von den Punktesammlern profitieren. Alexandra Müller vom Solinetz sagt: «Bei den Gutscheineempfängern handelt es sich um Menschen, die mit 8.60 Franken pro Tag auskommen müssen.» Es handelt sich um Nothilfeempfänger. Dank der Solikarte erhalten sie einen Zustupf von 60 Franken pro Monat. Sie tauschen die Gutscheine gegen Fleisch, Gemüse und Früchte, manchmal auch Kleider. «Ohne die Gutscheine ist es schwierig, sich gesund zu ernähren», sagt Müller. Bereits vor zwei

Jahren wollte Migros das Solikartenkonto sperren, mit der Begründung, die Karte verstosse gegen die Geschäftsbedingungen. «Jede Person im Haushalt kann mit demselben Cumulus-Strichcode auf das Cumulus-Konto Punkte sammeln», steht dort. Da es sich bei den Solikartenbesitzern nicht um einen Haushalt, sondern um eine grosse Gruppe von anonymen Sammlern handelt, schien der Fall klar zu sein.

Trotzdem krebste Migros noch einmal zurück. Dies wegen des grossen Medienrummels und einer Petition mit Hunderten Unterschriften. So blieb es weiterhin möglich, mit der Solikarte anonym Punkte zu sammeln. Doch das hat nun definitiv ein Ende.

## Migros will persönliche Konten

Die Migros möchte, dass die Punkte auf den persönlichen Konten der Kun-

den landen. Den Solikartenverantwortlichen hat sie angeboten, das Projekt in das offizielle Spendenprogramm von Cumulus aufzunehmen. Der Spender muss dort explizit angeben, dass er seine Punkte weitergeben möchte. Die Glückskette und Pro Infirmis sind zwei Organisationen, die bereits mit der Migros in dieser Form zusammenarbeiten.

Ob die jetzigen Solikartenbesitzer in Zukunft Cumulus-Punkte sammeln würden, sei fraglich, sagt Cora Dubach, Mitinitiantin der Solikarte. Sie ist überzeugt, dass es bei den Spenden zu einem Einbruch kommen wird. Das grösste Problem sieht sie darin, dass es nicht mehr möglich sein wird, anonym Punkte zu sammeln. «Das schreckt viele ab.» Die Verhandlungen mit der Migros laufen noch. Doch bereits heute ist klar: Ende März hat es sich mit der Solikarte definitiv ausgepunktet.



Cumulus-Punkte sammeln nicht für sich selber, sondern für Menschen in Not: Das ist das Prinzip der Solikarte. Nun steht sie kurz vor dem Aus. Bild: Marc Dahinden

## Sitzungsgelder läppern sich

**ZÜRICH.** Nicht alle Zürcher Regierungsmitglieder verdienen gleich viel. Der Regierungsrat legt seine Nebeneinkünfte offen.

Weil sie Sitzungsgelder von Mandaten bis zu 500 Franken behalten dürfen, verdienen einige Regierungsräte deutlich mehr. SVP-Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker hat 2013 zusätzlich zu seinem Regierungsratsgehalt satte 33800 Franken verdient. Dazu kommen 1852.50 Franken Spesen. Stocker vertritt den Kanton in diversen Unternehmen, etwa den EKZ, der Flughafen Zürich AG, der Messe Schweiz, der Interkantonalen Landeslotterie und der Schweizerischen Nationalbank.

Auf Platz zwei der Nebenverdienste liegt sein Parteikollege Markus Kägi, Vorsteher der Baudirektion. Für seinen Einsitz in den Verwaltungsräten von Apxo und den EKZ durfte er 16600 Franken an Sitzungsgeldern behalten. Seine Spesen beliefen sich auf 823.20 Franken. Drittplatzierte ist Finanzdirektorin Ursula Gut (FDP). Ihr Mandat bei den Rheinsalinen brachte ihr 6750 Franken an Sitzungsgeldern ein, auf Spesen verzichtete sie. Der grüne Justizdirektor Martin Graf behielt 4600 Franken Sitzungsgelder aus sei-

nem VR-Mandat bei der Apxo. Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger erhielt für sein Präsidium der Swiss DRG AG sowie aus dem Vorstand der Gesundheitsdirektorenkonferenz und eines weiteren Mandates insgesamt 2650 Franken Sitzungsgelder. Hinzu kommen 3418 Franken Spesen.

## 290000 Franken an den Staat

Keine Sitzungsgelder erhielten Regine Aeppli und Mario Fehr (beide SP). Fehr ist Verwaltungsratspräsident der Gebäudeversicherung. Dafür erhielt er 1000 Franken Spesen. Bei Aeppli sind es 128.40 Franken Spesen, allerdings sind sie keinem Mandat zugeteilt. Der guten Ordnung halber muss erwähnt werden, dass insgesamt fast 290000 Franken an Entschädigungen aus den diversen Mandaten direkt der Staatskasse zufallen. Allerdings handelt es sich mehrheitlich auch um Unternehmen, die sowieso der öffentlichen Hand gehören.

Der Regierungsrat hat die Zahlen gestern Abend veröffentlicht, nachdem in diversen Kantonen bekannt geworden war, dass Regierungsmitglieder Einnahmen aus Mandaten privat bezogen haben, die teils dem Staat gehört hätten. In anderen Kantonen bestanden keine Regelungen, doch auch dort entstand Empörung über die teils hohen Bezüge. (mir)

## Regierungsrat macht Einfluss geltend

**ZÜRICH.** Der Regierungsrat nimmt sich die BVK zur Brust: Auch die Zusatzleistungen sind ihm ein Dorn im Auge.

MICHAEL RÜEGG

Er hatte für rote Köpfe gesorgt, der Cheflohn bei der Pensionskasse des Staatspersonals BVK. Weil die Kasse seit Anfang 2014 eine selbstständige Anstalt ist, konnte der Stiftungsrat die Löhne unabhängig ändern. BVK-Chef Thomas Schönbächler sollte fortan statt 260000 stolze 380000 Franken Jahresgehalt erhalten. Das stiess etlichen Parteipolitikern sehr sauer auf, weil der Kanton die Kasse unlängst mit zwei Milliarden Franken aufpöppeln musste. Am 15. Dezember verkündete der Stiftungsrat, über die Bücher zu gehen.

## ZVV-Jahresabo gratis

Die Fraktionschefs von SVP und SP hatten am 10. Dezember ein Dringliches Postulat eingereicht. Beide wissen, dass nicht der Regierungsrat die Löhne der verselbstständigten Kasse festsetzt. «Aber als Exekutive des mit Abstand grössten Arbeitgebers sollten seine Argumente im Stiftungsrat ein erhebliches Gewicht haben», so die Postulanten.

Dieser Ansicht ist offenbar auch die Regierung. In ihrer Antwort auf den Vorstoss schreibt sie: «Der Regierungsrat hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, dass der Stiftungsrat BVK seinen Lohnentscheid nochmals prüfen will.» Resultate der Prüfung seien Ende Januar zu erwarten. Zuvor will der Regierungsrat den Verantwortlichen ins Gewissen reden. Man sei «bereit, mit dem Stiftungsrat ein Gespräch über Entschädigungen zu führen». Mit anderen Worten: Der Regierungsrat will seinen Einfluss geltend machen, damit die BVK ihren Lohnentscheid revidiert.

Wer die Antwort der Regierung genau liest, entdeckt jedoch einen zusätzlichen Begriff. Denn nicht nur der Lohn, auch die «weiteren Arbeitsbedingungen» sind für sie ein Thema. Die «NZZ» machte im Dezember publik, dass BVK-Mitarbeiter nicht nur von höheren Löhnen profitieren werden. Ihnen sollen auch ZVV-Jahresabos bezahlt werden, zudem die Prämien für die Nichtbetriebsunfallversicherungen. Regierungssprecherin Susanne Sorg erklärt: «Der Regierungsrat möchte dem Stiftungsrat die Gelegenheit geben, sich zu erklären.» Dabei gehe es nicht bloss um den Lohn des Chefs.

## Strafuntersuchung abgeschlossen

Die Strafuntersuchung um den Ex-Chef der Argus Finanz AG, die mit der BVK geschäftet hatte, ist abgeschlossen. Dies gab die Staatsanwaltschaft bekannt. Alfred Castelberg, gegen den ermittelt wurde, rechnete 2001 als CS-Mitarbeiter sowie später als Investitionschef der BT&T Börsenaufträge falsch ab. Mit falschen Kursen sollen Castelberg und vier CS-Mitarbeiter die BVK und die kanto-

nale Gebäudeversicherung um mehrere Millionen gebracht haben. Insgesamt geht es um 206 Transaktionen im Gesamtvolumen von über 1,6 Milliarden Franken. Für die fünf Angeklagten fordert die Anklage bis zu fünf Jahre Gefängnis und bedingte Geldstrafen. Die CS hatte im September 2012 mit 19 Millionen Franken den Schaden aus den Betrügereien dem Kanton beglichen. (mir)